

habe und nicht für den Landtag gesprochen habe, dass er aber im übrigen überzeugt sei, dass der Konflikt beigelegt werden müsse, damit «wir uns wirklich den wesentlichen und wichtigen Dingen des Landes zuwenden können».⁸⁸

Spätestens mit der Staatsfeiertagsrede von Klaus Wanger waren die Parteien in der Verfassungsfrage gespalten. Hatten in der Verfassungskommission des Landtags der Mandatsperiode 1997 bis 2001 noch alle Parteien mehr oder weniger deutlich eine kritische Haltung zu den Verfassungsvorschlägen des Fürstenhauses eingenommen, schien jetzt die FBP, vertreten durch Exponenten in Regierung und Landtag, auf die Linie des Fürsten einzuschwenken. Deutlich wurde dies in der Haltung des FBP-Regierungsrates Alois Ospelt, der im Landtag in verklausulierten Worten zu verstehen gab, dass entweder der unabänderlichen Haltung des Fürstenhauses nachzugeben sei oder eine grundlegende Neuordnung mit allen Konsequenzen anstehe. Gemeint war damit wohl das Ende der Monarchie. Er entschied sich, obwohl er vorher zu den Kritikern der fürstlichen Verfassungsvorstellungen gehört hatte, für das Nachgeben.

Die Kommunikationsstrategien der beiden Volksparteien tendierten in der Folge in unterschiedliche Richtungen. Das Liechtensteiner Vaterland als Blatt der VU-Opposition thematisierte in den folgenden Wochenendausgaben umfangreich die Inhalte des sogenannten Kompromisspapiers mit kritischen Voten,⁸⁹ während das Volksblatt das Thema weitgehend totschwieg. Auch die ausserparlamentarische Opposition war aufgerüttelt. Neben den bereits bekannten Gruppierungen – die FL organisierte am 5. September eine stark besuchte Diskussionsveranstaltung – traten auch die Liechtensteinische Philosophische Gesellschaft⁹⁰ sowie das neu gegründete «Demokratie-Sekretariat Liechtenstein»⁹¹ als

88 LTP vom 13. September 2001, 699.

89 Samstagsausgaben des Liechtensteiner Vaterlandes vom 22. und 29. September, 6., 13. und 20. Oktober 2001. Voten v. a. von Gerard Batliner und Peter Wolff.

90 Leserbrief im Liechtensteiner Vaterland / Volksblatt, 30. August 2001.

91 Das Demokratie-Sekretariat wurde am 18. Oktober 2001 gegründet (Liechtensteiner Volksblatt, 19. Oktober 2001). Gemäss Pressemitteilung verstand sich das Demokratie-Sekretariat wie folgt: Das parteipolitisch unabhängige Demokratie-Sekretariat dient als Service-Stelle und «Back Office», für die verschiedenen Organisationen, Vereine und Personen, die sich für den Erhalt und den Ausbau der Demokratie im Fürstentum Liechtenstein einsetzen. Das DeSe sammelt Informationen und gibt diese an die zugewandten Organisationen und Personen weiter, erarbeitet Infor-